

Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Abrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Cöha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinfleisberg, Klinga, Köthen, Lützen, Pomßen, Tonna ufm.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Er erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 5.—, jährlich Mk. 50.—, ohne Auslagen, Post einschl. der Postgebühren Mk. 9.75. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die Spaltenbreite 70 Pfl., auswärts 80 Pfl. Amtlicher Teil Mk. 1.50. Reklameteile Mk. 1.50. Beilagegebühr pro Nummer Mk. 2.—. Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, spätere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Zulage entgegen. — Bestellungen werden von den Aussträgern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Verantwortl. Amt Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Güng & Entle, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 112

Mittwoch, den 21. September 1921

32. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Frankreich hat der deutschen Regierung die Zurückziehung der zur Besetzung des Ruhrgebietes bestimmten Truppen angezeigt.
- Auf dem sozialdemokratischen Parteitag betonte der ehemalige Reichskanzler Hermann Müller, die Sozialdemokratie müsse wieder in die preussische Regierung eintreten.
- Gegen die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Sanktionen sollen von England in Paris Vorstellungen erhoben worden sein.
- Volkskommissar Krestinski ist zum Vertreter Sowjetrußlands in Deutschland ernannt worden.
- Die Schlacht vor Angora hat mit dem Rückzug der Griechen geendet.

Reibungen.

Von besonders gut unterrichteter Seite wird uns zu den im Verlauf der Berlin-Münchener Angelegenheiten entstandenen Reibungen zwischen der preussischen und Reichsregierung geschrieben:

Seit einigen Tagen ist nun in den Streit zwischen Reich und Bayern Preußen hineingezogen worden. Von München aus wurde berichtet, daß der preussische Ministerpräsident Stegerwald mit dem Kanzler eine Besprechung über die bayerische Frage hatte, und daß Preußen mit Bayern eine Einheitsfront gegen Dr. Wirth bilde. Herr Stegerwald hat die Mitteilung in dieser Form sofort dementiert: er habe den Reichskanzler zu einer Besprechung über den bayerischen Streitfall aufgefordert, in der er Herrn Dr. Wirth gebeten habe, mit Bayern auf der Grundlage der neuen bayerischen Vorschläge (also nicht in der Formulierung durch den bisherigen Ministerpräsidenten Kahr) zu einer Verständigung zu gelangen. Beide, Stegerwald und Wirth, hätten dabei in der Beurteilung der Gesamtlage und der Verständigungsbereitschaft völlig übereingestimmt. Nun wurde die Frage aufgeworfen, wie Herr Stegerwald überhaupt dazu komme, sich in diesen Streitfall zu mischen und dadurch unter Umständen die Reibungsflächen zu vermehren. Nun, dem preussischen Ministerpräsidenten konnte im vaterländischen Interesse der Wunsch getrieben haben, dazu beizutragen, daß der Streitfall möglichst rasch beglichen werde. Es liegt aber auch nahe, daran zu denken, daß Preußen in München einen besonderen Vertreter hat, daß dieser fertige Berichte über die dortige Lage und die Stimmungen sendet, und daß in diesen Berichten vielleicht darauf hingewiesen wurde, daß es zweckmäßig wäre, wenn Preußen einen Verständigungsversuch machte. Das ist nur eine Vermutung, aber sie liegt ziemlich nahe.

Ministerpräsident Stegerwald hat Sonntag noch einmal Veranlassung genommen, auf diesen Fall zurückzukommen. Er erklärte ergänzend, daß er sich über die Frage des Ausnahmezustandes in Bayern überhaupt nicht ausgesprochen habe, da dies Preußen nichts angehe, und er betonte mit Nachdruck, daß die jetzige Zeit geeignet sei, Fragen der staatlichen Zuständigkeit zwischen dem Reich und den Ländern auf die Spitze zu treiben und bis zur endgültigen Klärung zu bringen. Dagegen ist an sich nichts einzuwenden. Einige Ausleger werden finden, daß sich Stegerwalds Warnung gegen Bayern, andere, daß sie sich gegen Wirth richten.

War in diesem Falle das Eingreifen des preussischen Ministerpräsidenten mehr platonischer Art, so wurde Preußen recht materiell in den Kampfstrudel gerissen durch einen Bericht des preussischen Staatskommissars für öffentliche Ordnung Dr. Weismann, den er am 14. September dem Reichskanzler auf dessen Aufforderung gefandt hat. Dr. Wirth hat den Bericht im Überwachungsamt des Reichstages verlesen. Er enthält bekanntlich sensationelle Angaben über Bayern als Justizstaat Rechtsradikaler und Mittelungen über den Justizminister Roth und den Münchener Polizeipräsidenten Poebner. Die Bayern stammten aus, und auch in preussischen Blättern fand sich lebhafteste Kritik. Die preussische Regierung hat sich darum in einer besonderen Ministerialentscheidung mit dieser Angelegenheit befassen müssen. Das Ergebnis ist eine Erklärung, in der bedauert wird, daß der preussische Staatskommissar in einem anderen Lande Ermittlungen angestellt habe, ohne daß die Regierung dieses Landes darüber unterrichtet wurde. Es wird ferner bedauert, daß der Öffentlichkeit von diesen Ermittlungen Mitteilung gemacht wurde, bevor die Regierung des beteiligten Landes die Möglichkeit erhielt, sich zum Ergebnis der damaligen Ermittlungen zu äußern. Und schließlich wird versichert, daß gegen eine Wiederkehr derartiger Vorkommnisse geeignete Vorkehrungen getroffen seien.

Es läßt sich nicht bestreiten, daß diese Erklärung gewissermaßen den Vorgang, bei dem der Reichskanzler Dr. Wirth den Bericht des Staatskommissars bekannt gab, nicht ganz anerkennend behandelt. Vielleicht wäre auch, so vermutet man, der Bericht des Staatskommissars anders abgefaßt worden, wenn die alsbaldige Veröffentlichung vorausgesetzt worden wäre. Es kann nicht übersehen werden, daß die preussische Regierungserklärung dem Staatskommissar eine Art Mißtrauen ausdrückt, das noch verstärkt wird durch die über das Festhalten, daß das preussische Staatsministerium selber von den Ermittlungen dem preussischen Minister des Innern

unterstellten Staatskommissars erst durch die Verleugung durch den Kanzler Kenntnis erhalten hat. Staatskommissar Dr. Weismann war zu seinen Ermittlungen sicherlich verpflichtet, aber man findet es bedauerlich, daß er anscheinend Berichte seiner Unterorgane etwas allzu gläubig aufgenommen hat, und schließlich sogar ein Jahr später (die Berichte stammen aus dem Sommer 1920) in einem dienstlichen Bericht an den Kanzler verweigert. Dr. Wirth mußte annehmen, daß ein ihm erstatteter Bericht jederzeit erweisliche Wahrheiten enthalte. Man könnte allenfalls darum streiten, ob sich Dr. Wirth einen Bericht über Bayern nicht durch den Reichskommissar für öffentliche Ordnung hätte geben lassen sollen. Dadurch wäre die Aufregung der Bayern wenigstens nach der Richtung unterbunden worden, daß ein preussischer Beamter dem Kanzler Material über einen anderen Bundesstaat liefert. Doch das hätte nur eine formale Bedeutung gehabt; denn der Reichskommissar für öffentliche Ordnung hätte sich ja auch nur auf einen Bericht des Dr. Weismann stützen können.

Welche Folgen die durch den plötzlichen Gang der Ereignisse erzwungene Stellungnahme der preussischen Regierung noch haben wird, weiß niemand. Hoffentlich kommt nun nicht zu dem Konflikt zwischen Bayern und dem Reich hinzu, Deutschland könnte das nicht vertragen. Man kann deshalb allen Beteiligten nur zurufen: Einigt euch! Vergleicht euch! Und! zu bleib! Zweck auch schließlich der Staatskommissar Dr. Weismann die Konsequenzen eines notwendigen Personalwechsels zu tragen haben, so müßte das im Interesse des Ganzen eben getragen werden.

Centralismus oder Föderalismus.

Berlin, 19. September.
Staatskommissar Dr. Weismann hat, wie hier verstanden, einen neuen Bericht über die Lage ausgearbeitet, den er der preussischen Regierung übermitteln hat. Die preussische Regierung wird diesen Bericht an die bayerische Regierung weitergeben. Von einer Absicht des Staatskommissars, sein Rücktrittsgesuch einzureichen, könne in diesem Augenblick nicht gesprochen werden. Der amtliche preussische Pressedienst betont in einer Erklärung, der preussische Ministerpräsident habe deutlich genug hervorgehoben, daß es die preussische Regierung nicht für angebracht hält, jetzt den Streit um die Weimarer Verfassung, d. h. um die Frage, ob Centralismus oder Föderalismus, worauf verschiedene Kreise in München und Berlin hindrängen, zum Austrag zu bringen.

Zurückziehung der Ruhrarmee.

Eine Note der französischen Regierung.
Nachdem Belgien mit der Rückberufung seiner für den Fall der Besetzung des Ruhrgebietes vorgeschobenen Truppen vorangegangen ist, scheint auch Frankreich trotz aller Winkelmäße das Dasein der für den genannten Zweck aufgestellten Truppenteile nicht mehr rechtfertigen zu können.

Die französische Regierung hat am 17. September an die deutsche Regierung folgende Note gerichtet: „Die französische Regierung hat die Zurückziehung der im Mai dieses Jahres in das besetzte Gebiet entsandten Truppen nach Frankreich beschlossen. Die Truppenbewegung soll am 15. September beginnen und vor dem Ende dieses Monats beendet sein.“

Die militärischen Sanktionen im Rheinland werden nach wie vor aufrechterhalten, nur die Besetzung der Ruhrgebiete bestimmten Militärverbände gehen zurück.

Beforgnisse vor dem Marktzug.

Kommen in einem Artikel des „Zeit Parisien“ zum Ausdruck. Das Blatt schreibt, anscheinend von maßgebender Stelle informiert, der ungeheure Kurssturz gebe auf die fortgeführten deutschen Devisenkäufe zurück und betont, daß die Goldmilliarde, die Deutschland jetzt bezahlt hat, 30 Milliarden Papiermark entspreche. Wenn immer davon gesprochen werde, daß Deutschland einem betrügerischen Bankrott entgegenstehe, so sei dem entgegenzusetzen, daß die Geschäftskreise sich im allgemeinen nicht mit derartigen Andereien abgaben. Gerade jetzt wären in Deutschland Verhandlungen zwischen der Regierung und bedeutenden Industriellen und finanziellen Gruppen im Gange, dem Reich nach Möglichkeit bei der Erfüllung seiner finanziellen Verpflichtungen zu helfen, indem als Gegenleistung lediglich gewisse Steuererleichterungen und der Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung verlangt werde. Das sei nicht die Haltung eines Schuldners, der auf betrügerischen Bankrott hinarbeite.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Englische Schritte gegen die „Sanktionen“.
Von London aus wird behauptet, daß das Londoner Auswärtige Amt in Paris Vorstellungen wegen der Fortdauer der Sanktionen erhoben hat. Auch der Pariser „Temps“ weiß zu melden, daß die französische und die englische Regierung vollkommen eins seien in der Auffassung,

daß die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen in Deutschland nicht mehr mit der bedingungslosen Zustimmung zur Ausübung einer internationalen Kontrolle über die Ausgabe von Ein- und Ausfuhrlicenzen im Rheinland in Verbindung gebracht werden soll. Von dem zwischen Paris und London bestehenden völligen Einvernehmen sei die deutsche Regierung bereits unterrichtet worden.

Maßnahmen gegen die Presse im besetzten Gebiet.

Die Internationalisierte Rheinlandkommission in Koblenz hat beschlossen, die Einführung derjenigen Organe ins besetzte Gebiet endgültig zu untersagen, die schon zweimal verboten worden sind und dieser doppelten Warnung nicht Rechnung getragen haben. Die Kommission hat den deutschen Reichskommissar gebeten, die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die unheilvolle Rolle zu lenken, die die Haltung mehrerer deutscher Blätter für die Wiederherstellung der friedlichen Beziehungen in Europa darstellt.

Sachsen-Thüringen als Einheit?

Anlässlich der Thüringer Wahlen war von einem angeleglichen Pläne gesprochen worden, Sachsen und Thüringen zu einer Einheit gegen Bayern zu verschmelzen. Der sächsische Ministerpräsident Buch hat auf eine Anfrage dazu folgende Auskunft erteilt: „Die Regierung hat mit dieser Frage sich zu beschäftigen bisher noch keinen Anlaß gehabt. Meine Politik ging von jeder Einheit und geht auch jetzt noch dahin, alles zu tun, um die Einheitsfront des Reiches zu erhalten. Die Verschmelzung aller Teile des Reiches zu einem Ganzen muß die vornehmste Aufgabe aller Regierungen sein. Welche Mittel und Wege dabei zu beschreiten sind, schreibt einzig und allein Artikel 18 der Reichsverfassung vor.“

Dr. Stresemann für verbreiterte Regierungsbasis.

Auf dem westfälischen Parteitag der Deutschen Volkspartei sprach Dr. Stresemann über die politische Lage. Er betonte die Notwendigkeit einer Politik der Mitte und einer breiten Koalition. An der Politik des Reichskanzlers Dr. Wirth übte Stresemann vielfache Kritik. Mit Bayern müßte Verständigung gefunden, jede Bestrebung, Franken von Bayern loszulösen, müsse vermieden werden. Notwendig sei aber auch ein hartes Abdrücken der Deutschen von den rechtsradikalen Elementen. — Gerade als Abg. Stresemann die Rednertribüne verlassen hatte und Abg. Dr. Hugo Biese betrat, wurde ein Pistolenschuß durch die Fenster nach der Richtung der Tribüne abgegeben. Getroffen wurde niemand.

Die industrielle Goldbeschaffung fraglich geworden?

Die Besprechungen über die Beschaffung einer Goldanleihe für das Reich durch Industrie und Handel in Berlin gehen weiter. Doch sollen, wie unterrichtete Quellen wissen wollen, die Aussichten ungünstiger geworden sein infolge scharfer Angriffe, die von links gegen den Plan gerichtet wurden. Man wolle jetzt, wie behauptet wird, zunächst die Ergebnisse des Görlitzer Parteitages abwarten.

Polonisierung Brombergs.

Aus Warschau wird amtlich bekanntgegeben, daß für die Zeit vom 31. Januar 1920 bis 31. August 1921 in Bromberg die Ankunft von 37 000 Polen und 9000 Deutschen verzeichnet worden ist. In der gleichen Zeit hätten, wie Havas mittelt, 11 000 Polen und 30 000 Deutsche die Stadt verlassen, so daß die Bevölkerung der Stadt um 26 000 Polen zugenommen und 21 000 Deutsche abgenommen habe.

Tschecho-Slowakei.

× Zwölf Milliarden Staatsgelder veruntreut. Von ungeheuren Verlusten der tschechoslowakischen Zentralenwirtschaft weiß die amtliche „Cesko-Slowanische Republika“ zu berichten. Bei zwei Zentralen hat das Kontrollamt einen Verlust von zwölf Milliarden Kronen entdeckt, der, wie das Blatt ausführt, durch eine ausgeprägte Betrugs- und Räuberwirtschaft entstanden ist. Die Behörden haben festgestellt, daß eine Kontrolle der Wirtschaft in Böhmen und Mähren, unendlich geworden ist. Viele Befehlungen und Lieferungen mit den ungeheuersten Summen sind auf fingierte Namen gebracht.

Ungarn.

× Regelmäßige Mobilisierung. Nach Prag wird berichtet, daß seit einigen Tagen in Ungarn in aller Stille eine regelmäßige Mobilisierung durchgeführt werde. Die Reservoffiziere und Mannschaften der Jahrgänge 1895 bis 1900 erhielten Einberufungsbefehle. Die Einberufung laute nach Oberburg zum Gendarmeregiment. Gleichzeitig werde die demobilisierte Artillerie nach Keszmetec einberufen.

Nordamerika.

× Deutsche Geldsendung nach Amerika. Eine Schiffsladung von 4 330 000 Dollar ist in Newport eingelaufen. Sie kam von Deutschland und ist von der deutschen Reichsbank für belgische Rechnung auf Reparationskonto bestimmt. Das Geld ist der Federal Reservebank für Rechnung der belgischen Nationalbank überwiesen worden. Die demobilisierte Summe besteht aus Goldsätzen, und zwar aus 1 960 000 amerikanischen Golddollars, der Rest aus österreichischen Kronen.